

Terrorismus und US-Geopolitik. Die Rolle Algeriens im Anti-Terrorkampf der USA.

Kurzfristig schienen die mörderischen Anschläge vom 11. April auf den Regierungssitz mitten in Algier und eine Polizeistation mit über 30 Toten und weit über hundert Verletzten die innige Verbundenheit der US-Regierung mit den Machthabern in Algier erheblich gestört zu haben: Algier protestierte schärfstens gegen einen Hinweis auf der website der US-Botschaft, die für den 14. April weitere schwere Attentate ankündigte. Der Geschäftsträger der US-Botschaft wurde ins Außenministerium einbestellt, Premierminister Belkhadem, der auch Generalsekretär der früheren Einheitspartei FLN ist, sprach öffentlich von einer „unzulässigen Einmischung in die inneren Angelegenheiten“ Algeriens und von „Manipulation“. Die Vorsitzende der (trozkistischen) Partei der Arbeit, Louisa Hanoun, erklärte, diese Attentate seien vom Ausland gesteuert und gab zu verstehen, dass dahinter nur die USA stecken könnten. Und Innenminister Zerhouni erklärte enigmatisch: „Es gibt vielleicht andere Interessen als politisch-religiöse.“¹

Doch diese rhetorischen Ausfälle fanden ein schnelles Ende: Staatspräsident Bouteflika dementierte hoch offiziell die in den algerischen Medien immer wieder thematisierte Präsenz von US-Stützpunkten in der algerischen Sahara und versicherte die USA gleichzeitig der Unterstützung im „Krieg gegen den Terror“. Der schnell herbeigeführte Schulterschluss kaschiert aber nur schlecht den Kampf zwischen den herrschenden Clans in Algier: Die anti-imperialistische Rhetorik verfolgt das Ziel, die seit Jahren beschlossene, aber bisher offensichtlich nicht durchsetzbare Privatisierung der staatlichen Erdöl-Gesellschaft SONATRACH zu verhindern: Im Jahre 2005 hatte die Nationalversammlung ein Gesetz zur Privatisierung von SONATRACH verabschiedet, das von den USA und vor allem deren Erdölfirmen sehr positiv kommentiert wurde. Dieser Gesetzestext wurde jedoch vom Präsidenten nicht ratifiziert und trat daher nicht in Kraft.

Immerhin sichert SONATRACH zwischen 95% und 98% der Staatseinnahmen und verschafft einem Teil der Clans des Regimes satte Pfründen. Ihm steht eine Gruppie-

¹ Liberté, 14. April 2007.

rung gegenüber, deren politischer Akteur nach außen Energieminister Chekib Khelil sein dürfte. Khelil war in der zweiten Hälfte der 60er Jahre als Ingenieur für Shell und Philips Petroleum in den USA und von 1980 bis 1999 bei der Weltbank tätig. Seit 1999 ist er Energieminister. Er hat erfolgreich die Schaffung zahlreicher Joint Ventures zwischen dem algerischen Energie-monopolisten SONATRACH und US-Firmen betrieben. Diese Gruppierung setzt auf satte Provisionen und wichtige Positionen, die sich aus der Privatisierung des Konzerns und der Bildung neuer Joint Ventures ergeben dürften, während die „Nationalisten“ befürchten, dass sie von der Abschöpfung der Rente ausgeschlossen werden könnten.

In die Kämpfe hinter den Kulissen gehört auch die vor kurzem erfolgte Auflösung der von SONATRACH und KBR gemeinsam gegründeten Joint Venture Brown Root & Condor² und die Verhaftung ihres Direktors. KBR (Kellogg Brown and Root) ist eine Tochter des Halliburton-Konzerns, die auch als Privates Militärisches Unternehmen agiert.³ Ähnlich wie im Irak hat die Halliburton-Enkelin in Kooperations- und Lieferverträgen vor allem mit dem algerischen Verteidigungsministerium mit gefälschten und weit überzogenen Rechnungen riesige Summen eingestrichen.⁴ Im Kampf der algerischen Clans hat sie nun offensichtlich ihre Protektoren verloren. So undurchsichtig die „reale Macht“ in Algerien dank eines von den Machthabern abhängigen Präsidenten und eines Schaufenster-Parlaments, dessen Abgeordnete mit einer Wahlbeteiligung von weniger als 35% am 17. Mai neu gewählt wurden, auch ist: Die aufgrund des gestiegenen Öl- (und Gas-) Preises sprudelnden Staateinnahmen scheinen die internen Kämpfe um die Pfründen des Staates angeheizt zu haben. Dabei scheinen zwei große Clans nun in Konflikt geraten zu sein:

² In diesem Unternehmen hält SONATRACH 51%, Halliburton 49% der Anteile.

http://www.hebdo.amd-maghreb.org/index.php?option=com_content&task=view&id=89 abgerufen 14. April 2007.

³ Ruf, Werner: Private Militärische Unternehmen; in: Österreichisches Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung, Thomas Roithner Hrsg.: Die Weltunordnung von Ökonomie und Krieg, Münster 2006, S. 82 – 97.

⁴ Madjid Laribi, « Que cache le dossier Brown Root & Condor », Le Maghrébin , 9 Oktober 2006. vgl. http://www.algeria-watch.org/fr/article/mil/sale_guerre/dossier_brc.htm

Der „nationalistische“ setzt auf die anti-amerikanischen Gefühle der Masse der Bevölkerung, agitiert gegen die Plünderung der nationalen Ressourcen durch die USA und ihre Konzerne. Diese Gruppe von Generälen und hohen Offizieren wurde zum größten Teil noch in der Sowjetunion ausgebildet. Ihr jüngster Coup dürfte der Abschluss eines gigantischen Waffenbeschaffungsprogramms mit Russland gewesen sein: Der im März 2006 geschlossene Vertrag sieht bis 2010 die Lieferung von 16 hochmodernen Flugzeugen des Typs YAK-130, 28 taktischen Jagdbombern SU-30, 300 Panzern des Typs T-90S sowie verschiedener Raketen-Systeme vor. Für den Deal, der auf etwa 20 Mrd. US \$ geschätzt wird, erließ Russland Algerien Restschulden in Höhe von 4,7 Mrd. US \$.⁵ Die US-amerikanische Militärindustrie ging leer aus.

Der andere ist der Clan der so genannten „Ausrotter“, also jener Militärs, die 1992 den Abbruch der Wahlen durchgesetzt und die gnadenlose „Ausrottung“ des Islamisten auf ihre Fahne geschrieben hatten. Als ihr Kern gilt der Militärische Sicherheitsdienst DRS (*Département du Renseignement et de la Sécurité*), der konsequent den Schulterschluss mit den USA gesucht hat und durch den gemeinsamen „Kampf gegen den Terror“ sich als Subunternehmer für die Expansion der USA in Afrika empfiehlt.⁶ Aus dieser Quelle stammen auch die Informationen über die ominöse Terrororganisation *Salafistische Gruppe für Predigt und Kampf* (GSPC) und deren Umbenennung in *al Qa'eda im Islamischen Maghreb*, die von dieser Seite für die jüngsten Anschläge in Algier verantwortlich gemacht wurde. Da passt es ins Bild, dass die einschlägigen Kreise der USA über die bevorstehenden (und möglicherweise weitere?) Anschläge informiert waren.⁷ Jedoch: Von wem wussten sie das?

⁵ Le Jeune Indépendant, 28. Mai 2007.

⁶ Zu den beiden Clans vgl.: Risques Internationaux Nr. 76, 1. Mai 2007, S. 8f.

⁷ „Vor den Anschlägen in Algerien hat der Geheimdienst des nordafrikanischen Landes möglicherweise Hinweise auf geplante Terrorakte gehabt. Die zuständigen Stellen seien besorgt gewesen, sagte der US-Kongressabgeordnete Mike Rogers, der sich am Wochenende mit Vertretern des algerischen Geheimdienstes getroffen hatte. Der republikanische Politiker gehört dem Geheimdienstausschuss des Repräsentantenhauses an. "Wir wussten, dass sie etwas tun wollten", sagte Rogers. ... "Sie wollten ein großes Ereignis, sie sprachen über ihr großes Ereignis, und leider haben sie ihr großes Ereignis bekommen.“ (Der Standard, Wien, 12. April 2007).

Ein weiteres wichtiges Indiz für harte Auseinandersetzungen im engen Kreis der „realen Macht“ unterstreichen Gèze und Mellah in ihrer Analyse der Anschläge vom 11. April.⁸ Zum ersten Mal folgte die algerische Presse nicht unisono der von dem Clan um den Geheimdienst herausgegebenen Version, dass es sich um einen Anschlag der aus der GSPC hervorgegangenen „al Qa’eda im islamischem Maghreb“ handele. Da die Organe der – „pluralistischen“ - algerischen Presse stets auch Sprachrohre eines der Clans sind, dürfte dies ein klares Indiz dafür sein, dass der Kampf der Clans sich ein Stück weit aus dem Nebel heraus bewegt und die Deutungshoheit des Konfliktgeschehens, die bisher ausschließlich Sache des DRS war, in Frage gestellt wird.

Doch worum geht es? In Algerien scheint der Kampf um die Verteilung der Rente erstmals zu einer Auseinandersetzung um die politische Orientierung des Landes zu werden. Der bedingungslose Schulterschluss zwischen Algier und Washington im „Krieg gegen den Terror“ hatte dem Regime weitestgehenden Schutz geboten gegen die von zahlreichen Menschenrechtsorganisationen immer wieder erhobenen Anklagen wegen seiner massenhaften und systematischen Menschenrechtsverletzungen: Seit dem Putsch von 1992 sind etwa 200.000 Menschen ermordet worden, etwa 20.000 sind „verschwunden“, 6.147 davon werden sogar offiziell mit der Formel anerkannt, dass für sie „der Staat verantwortlich, aber nicht schuldig“ ist.⁹ Im Gegenzug wurde Algier zur Drehscheibe der US-amerikanischen Afrika-Politik. Diese ordnet sich ein in das Projekt des Greater Middle East, der für Vordenker der US-Außenpolitik wie Asmus und Pollack „von Nordafrika bis Pakistan“ reicht.¹⁰ Zu einem Zeitpunkt, an dem peak oil erreicht, wenn nicht bereits überschritten zu sein scheint,¹¹ verschärfen sich die Rivalitäten zwischen den großen Mächten USA, EU, Russland und China, wird Geo-Politik zu einer neuen, und wie es scheint alles bestimmenden Größe. So gut wie unbemerkt finden jenseits der blutigen Ereignisse in Irak und Afghanistan strategische Sicherungsmaßnahmen der Kohlenwasserstoffvorräte auch in Afrika statt, dessen Sahel-Region von den USA als Teil des „Greater Middle East“ angesehen wird, wie der US-Botschafter in Algier kürzlich in einem In-

⁸ http://www.algeria-watch.org/fr/article/analyse/attentats_110407.htm#sdfootnote39sym

⁹ Amnesty International 2005: *Index AI: MDE*, 28. Mai 2005.

¹⁰ Asmus, Ronald D. und Kenneth M. Pollack 2002: „Transformation des Mittleren Ostens. Das neue transatlantische Projekt“ in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Nr. 12, S. 1457-1466.

¹¹ Altwater, Elmar 2006: *Das Ende des Kapitalismus, wie wir ihn kennen*, Münster 2006. Zumach, Andreas: *Die kommenden Kriege*, Köln 2005.

terview erklärte (Liberté, 14. September 2006). Die USA haben unmittelbar nach dem 11. September 2001 die *Pan Sahel Initiative* ins Leben gerufen, die unter Bezugnahme auf den „Krieg gegen den Terror“ ein umfassendes militärisches Unterstützungsprogramm und den Ausbau militärischer US-Präsenz von Somalia und Äthiopien über den gesamten nordafrikanischen und Sahelraum bis zum Golf von Guinea zum Ziel hat.¹² 2005 wurde die PSI in *Trans-Saharan Counter-Terrorism-Initiative* (TSCI) umbenannt.¹³

Zur Terrorismus-Bekämpfung bedarf es jedoch der Terroristen. Bisher wurden die Anschläge im Norden Algeriens oder auch die Bomben in Djerba oder in Ägypten als „lokale“ Aktionen betrachtet. Spektakulär und bis heute international beachtet ist die Entführung von 32 europäischen, meist deutschen Touristen durch die ominösen GSPC im Jahre 2003, die bis dahin ausschließlich in der Kabylei operiert hatten.

Dieses Unternehmen ist allerdings mehr als obskur:¹⁴

- Laut Aussagen der Entführten gab es enge Kontakte zwischen den Entführern und der im Süden omnipräsenten algerischen Armee.
- Die Informationen aus Algier bezüglich der Urheber, Ziele und Aktionen der Entführer blieben über Monate hinweg widersprüchlich.
- Algier verhinderte deutsche Versuche, mittels der GSG 9 oder der KSK, wie auch des Einsatzes von Agenten des BND, das Geiseldrama zu lösen.
- Ohne Treibstoff, der in dieser Region der ausschließlichen Kontrolle des Militärs unterliegt, hätten die „Terroristen“ niemals die weiten Strecken bis Mali, Niger und zurück zurücklegen können.
- Nachdem drei Fahrzeuge schwer beschädigt liegen geblieben waren, beschaffte der Anführer (El Para?) binnen Tagen die Ersatzteile, die, in Algerien normalerweise nicht aufzutreiben, noch in Original-Verpackung ankamen.

¹² Vgl. dazu die Verlautbarungen des *US State Department* unter <http://www.state.gov/documents/organization/31936.pdf>; auch: <http://www.state.gov/t/pm/rls/rpt/fmtrpt/2006/74682.htm> 27. Dezember 2006.

¹³ <http://www.globalsecurity.org/military/ops/tscti.htm> abgerufen 01-03-07

¹⁴ S. dazu u. A.: Keenan, Jeremy 2005: „Waging War on Terror: The Implications of America’s ‚New Imperialism‘ for Saharan Peoples“ in: *Journal of North African Studies*, Bd. 10, Nr. 3-4, S. 619-647. Mellah, Salima und Jean-Baptiste Rivoire 2005: „El Para, the Maghrebs Bin Laden“ in: *Le Monde Diplomatique*, English Edition, Februar 2005. Mellah, Salima und Werner Ruf 2003: „Entführungen in der Sahara: Fragen und Hypothesen“ in: *Algeria-Watch*, 2. Juni 2003 (http://www.algeria-watch.org/de/artikel/touristen/mellah_ruf.htm). Rühl, Bettina: Treibsand. Rundfunk-Feature, DLF, 13. Februar 2007.

- Bei der „Befreiung“ verschwanden bis auf zwei oder drei, die getötet worden sein sollen, alle Geiselnnehmer unverletzt. Die „Getöteten“ tauchten jedoch in Mali wieder auf.
- Die Führungsfigur Amari Saifi, genannt Abderrazak „El Para“, weil er in der algerischen Armee bis 1991 als Fallschirmjäger gedient hatte, dann aber „desertierte“,¹⁵ wurde schließlich von einer Widerstandsgruppe der Tuareg im nördlichen Tschad sieben Monate lang festgehalten. Obwohl diese der algerischen Regierung mehrfach seine Auslieferung anboten, reagierte Algier nicht. Schließlich wurde er an Libyen überstellt und von dort am 27. Oktober 2004 an Algier ausgeliefert. In Algerien wurde er dann – in Abwesenheit! – zu einer lebenslänglichen Gefängnisstrafe verurteilt. In einem zweiten Prozess am 18. März 2007, der ebenfalls ohne den Angeklagten stattfand, wurde die Verhandlung auf Antrag des Staatsanwalts binnen weniger Minuten vertagt, da das Verfahren gegen den Angeklagten „in Abwesenheit“ zuvor abgeschlossen werden müsse, bevor gegen ihn verhandelt werden könne.¹⁶

So deutet alles darauf hin, dass die GSPC – wie große Teile der Bewaffneten islamischen Gruppen in den Jahren 1993 -1998¹⁷ – vom algerischen Sicherheitsdienst gesteuert sind. Die Touristenentführung der GSPC, die sich nach Erkenntnissen der algerischen Dienste vor einigen Monaten in „al Qa’eda im islamischen Maghreb“ umbenannte, wird wieder und wieder herangezogen, um die terroristische Bedrohung zu beschwören,¹⁸ die von der Sahel-Region ausgeht, wie auch die homepage des US-Außenministeriums belegt.¹⁹ Eine Vielzahl von reißerischen Presseartikeln stellt sie als zentrale Bedrohung dar und suggeriert, dass die Anschläge in Madrid in der Wüste ausgeheckt wurden.²⁰ Die Aktivitäten der GSPC sollen sich auf den gesamten Sahel-Raum ausgedehnt haben und, neben den Maghreb-Staaten, auch Maureta-

¹⁵ Es wird behauptet, dass er bis 1998 auf der Gehaltsliste der Armee stand. Auch soll er mit der grauen Eminenz des Militärregimes, General Nezzar, verlobt gewesen sein.

<http://esperal2003.blogspot.com/search?q=El+Para>

¹⁶ El Watan 19. März 2007.

¹⁷ Mellah, Salima 2003a: „GIA: 10 Jahre im Dienste der algerischen Sécurité militaire?“ in: INAMO, Nr. 34, S. 53-54.

¹⁸ Selbst die relativ nüchterne Studie der SWP (SWP-Aktuell Nr. 11, Februar 2007) übernimmt unkritisch die Entführungsversion.

¹⁹ <http://www.state.gov/s/ct/rls/fs/37191.htm>

²⁰ Khatchadourian, Raffi 2006: „Pursuing Terrorists in the Great Desert. The U.S. Military’s \$ 500 Million Gamble to Prevent the Next Afghanistan“ in: The Village Voice, 31. Januar 2006, (http://www.villagevoice.com/news/0605_khatchadourian,%2071993,6.html). Powell, Stewart M. 2004: „Swamp of terror in the Sahara“ in: Air Force Magazine, Bd. 87, Nr. 11, (<http://www.afa.org/magazine/nov2004/1104sahara.html>).

nien, Mali, Nigeria, Niger, Tschad und möglicherweise Sudan betreffen.²¹ Seit 2003 übernahm EUCOM, das US-Oberkommando in Stuttgart, in enger Zusammenarbeit mit Algier den Aufbau einer militärischen Struktur im gesamten Sahelraum. Pünktlich zum ersten großen Manöver „Flintlock“, das Ende Juni 2005 stattfand und an dem 800 US-Soldaten und 2000 Soldaten aus afrikanischen Ländern teilnahmen,²² hatte wenige Tage zuvor eine obskure terroristische Attacke gegen einen Stützpunkt der mauretanischen Armee in Lemghity stattgefunden.²³ Somit war der Beweis erbracht, dass die GSPC kein rein algerisches Problem mehr war. Die Militärhilfe der USA für die Länder des Sahel-Gürtels steigt seit 2003 erheblich,²⁴ für 2007 wurden zusätzliche 600 Mio. \$ vorgesehen.²⁵ „Flintlock“ löste die PSI (*Pan Sahel Initiative*) ab, seither ist die TSCTI (*Trans-Saharan-Counter-Terrorism Initiative*) ihre Nachfolgerin. Neben den drei Maghreb-Staaten umfasst TSCTI Mauretanien, Senegal, Nigeria, Mali, Niger, Tschad, in einigen Berichten werden außerdem Sudan, Äthiopien, Somalia und Djibouti genannt. Der Angriff Äthopiens auf Somalia und die Unterstützung durch die US-Luftwaffe könnten Teil dieses Großkonzepts sein.

Die Gründe für den Ausbaus der US-Militärpräsenz in Afrika sind jedoch nicht im drohenden Terrorismus zu suchen oder in dem Versuch ein zweites Afghanistan zu verhindern, sondern in der Kontrolle der Energie-Ressourcen: Derzeit importieren die USA etwa 16 % ihres Energiebedarfs aus Afrika. Bereits 2012 – 2015 sollen diese Importe auf 25 % steigen. Nur in Afrika werden noch neue Ölfelder entdeckt. Daher ist das US-Verteidigungsministerium bemüht, „Basen in Nordafrika und am Horn von Afrika zu suchen, um Anti-Terror-Operationen in der Region zu unterstützen.“²⁶ Zu diesem Zweck soll bis Herbst dieses Jahres ein eigenes Oberkommando für Afrika, Africom, geschaffen werden, das direkt dem Pentagon untersteht und von EUCOM in Stuttgart unabhängig ist. Das Camp in Djibouti mit 1.700 US-Soldaten²⁷ steht bereits, ebenso, trotz algerischer Dementis, eine Basis in der Nähe von Tamanrasset sowie

²¹ Hunt, Emily: Islamist Terrorism in Northwestern Africa. The Washington Institute for Near East Policy, Policy Focus Nr. 65, Februar 2007

²² „Les armées à l'épreuve du terrorisme. Le Quotidien d'Oran , 2. Juli 2005.

²³ Die detaillierte Analyse des Angriffs lässt den Schluss zu, dass ihr Ziel war, das damalige Regime in Nouakchott unter den Schutz und Einfluss der USA zu stellen. S. den für verschiedene Menschenrechtsorganisationen, darunter die OMDH verfassten Bericht: Diagana(Ould Maroini/Ould Yessa: Impasse politique et réflexes sécuritaires en Mauritanie. Comment fabriquer du terrorisme utile. Paris, Juli 2005. Vgl. auch Le Quotidien d'Oran, 13 Juni 2005

²⁴ CRS Issue Brief for Congress. Africa: U.S. Foreign Assistance Issues, May 10, 2005.

²⁵ Liberté, 18. November 2006.

²⁶ New African, Juli 2006, S. 18 – 21, hier S. 21.

²⁷ Le Quotidien d'Oran 25. April 2007.

in Mali. Mit dieser Politik verfolgen die USA auch das Ziel, Frankreich aus seinen ererbten neo-kolonialen Positionen zu vertreiben und seine ökonomischen Konkurrenten, vor allem die EU, von den vom Hegemon kontrollierten Ressourcen abhängig zu machen.

Die Verstimmung zwischen Washington und Algier wegen der Anschläge des 11. April dürfte kurzfristig bleiben: Zu sehr hat sich das algerische Regime auf die enge Zusammenarbeit mit der einzigen verbliebenen Weltmacht eingelassen. Eine gewisse Distanz zur US-Außenpolitik könnte sogar nützlich sein, poliert sie doch das alte Bild Algeriens als einer Führungsmacht der Staaten der Dritten Welt wieder auf. Ein Indiz für den Ausgang des Kampfes zwischen den Clans an der Macht dürfte auch die Zukunft der West-Sahara sein: Soeben hat Marokko im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen einen „Autonomie-Plan“ für das von ihm seit 1975 besetzte Gebiet eingebracht. Würde dieser auf Drängen Frankreichs und der USA angenommen, wäre dies nicht nur eine weitere Verletzung des Völkerrechts und die Absage an das Prinzip des Selbstbestimmungsrechts der Völker, er ließe auch den Schluss zu, dass die „nationalistische“ Gruppierung entscheidend an Einfluss verloren hat, auch wenn sie gerade inner-algerisch eine Schlacht gewonnen haben mag.

Derweil spielt der Clan der „Ausrotter“, dessen Kern der militärische Geheimdienst DRS ist, eine andere Karte: Derzeit verhandelt Energie-Minister Khelil in den USA einen Kooperationsvertrag über die nukleare Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten, der am 9. Juni unterzeichnet werden soll.²⁸ Damit fände das schon lange betriebene, zeitweise misstrauisch beobachtete algerische Atomprogramm den Segen des Hegemons und trüge zur Stärkung des eher pro-amerikanischen Clans bei. Wie auch immer die Spannungen innerhalb der „realen Macht“ in Algerien zu beurteilen sein mögen: Zu einem Putsch eines der Clans gegen einen anderen dürfte es nicht kommen, sind die Gruppierungen an der Macht doch untereinander durch Affären, Intrigen und Korruption zu sehr miteinander verfilzt.

²⁸ L'Expression, 27. Mai 2007.

